Soziale Marktwirtschaft oder Sozialstaat?

Sozialpolitik drüben und hüben

1945 sind die sozialen Probleme auch in Deutschland gewaltig. Armut, Hunger, Obdachlosigkeit, Umsiedlerelend und Seuchen drücken das Land. Der gehabte Faschismus steht als Form des Kapitalismus noch deutlich vor Augen, wenngleich dessen Sozialpolitik für „Mitglieder der Volksgemeinschaft“ zum Teil noch positiv besetzt ist. Sozialistische Stimmungen breiten sich aus. **Den deutschen Neubeginn befördern die Alliierten** auf ihre Weise und entsprechend den Vorstellungen von Staat und Gesellschaft ihrer Heimatstaaten.

Soziale Grundrechte gibt es nicht

Die Schwierigkeit, soziale Grundrechte zu statuieren, liegt einfach darin, daß sie sich rechtlicher Normierung entziehen. Sie sind gar keine Grundrechte wie die alten politischen Freiheitsrechte, weil der Staat hier nicht wie bei der Meinungs-, Versammlungs- und Glaubensfreiheit den Bürgern ewig gültige, konkret bestimmbare Rechte gewährleistet, sondern nur Rechte auf Grund besonderer Gesetze gewährt. Für diese sozialen Rechte gibt es aber keine Normen, die für alle Zeit Gültigkeit haben könnten. Dazu ist das soziale Leben viel zu sehr in Fluß, es wandelt sich ständig, und vieles davon ist auch noch unerprobt.

Aus „Deutsche Zeitung“, Stuttgart 12.02.1955

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) prägen vor allem Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten die ersten Schritte. Die Gunst der Stunde nutzend und im Einklang mit der Sowjetischen Militäradministration sollen alte Forderungen der Arbeiterbewegung nun umgesetzt werden. Zunächst wird an das Sozialsystem der Weimarer Republik angeknüpft, um sodann **revolutionäre Umwälzungen** auf den Weg zu bringen, die mit unmittelbaren Schritten zur Verbesserung der Lage der Werktätigen verbunden werden.

In den West-Besatzungszonen setzt man sozialpolitisch auf **Fortsetzung dessen, was man für bewährt hält**. Das traditionelle gegliederte System mit den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung aus dem 19. Jahrhundert wird fortgeführt, das Bildungswesen bleibt vielgliedrig, der Zusammenhang von Schultyp und Sozialschicht klar erhalten und die Hausfrauenehe Leitbild in der Sozialpolitik. Das Recht auf Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung aus Weimarer Zeit werden wieder eingeführt.

In der SBZ erfolgt eine **Reform des Wirtschafts- und Sozialsystems**, wie sie KPD, SPD und freie Gewerkschaften in der Weimarer Republik erstrebt hatten. Eine Einheitsversicherung und ein staatliches Gesundheitswesen mit Polikliniken und Ambulatorien werden aufgebaut, ein einheitliches reformpädagogisches Bildungswesen nimmt seinen Verlauf, die Gleichberechtigung der Frau wird auf den Weg gebracht und die sowjetische Militärverwaltung steuert den Arbeitskräfteeinsatz in Vorbereitung einer Planwirtschaft. Eine Arbeitslosenversicherung gibt es nicht.

Mit der SPD und der CDU stehen sich in den Westzonen zwei Sozialstaatsmodelle gegenüber: **demokratischer Sozialismus oder sozialer Kapitalismus**. Die West-Alliierten stellen die Weichen für einen parlamentarisch regierten kapitalistischen Wohlfahrtsstaat.Es folgt am 23.05.1949 die separate Gründung der BRD. Im Grundgesetz wird die Bundesrepublik als „demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ charakterisiert. Soziale Rechte, wie das Recht auf Arbeit oder das Recht auf Bildung sind darin nicht verankert.

Im Gefolge dieser deutschen Spaltung wird aus der übrig gebliebenen SBZ am 07.10.1949 die DDR gegründet. Deren Verfassung umfasst neben den traditionellen bürgerlichen Freiheitsrechten auch **soziale Rechte** (Recht auf Arbeit, Erholung, Urlaub gegen Entgelt, Versorgung bei Krankheit und im Alter, Schutz der Mutterschaft, besonderer Schutz der Frau im Arbeitsverhältnis).

Sozialpolitik zwischen Ost und West

Dr. Erdmann sprach vor Arbeitgebern in Neheim-Hüsten

S. Neheim-Hüsten, 24. 5. — Das Schicksal der Staats- und Gesellschaftsordnung sowie der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik hängen weitgenhend von der Bewährung des Unternehmers ab. Dessen Aufgabe ist heute nicht mehr mit rein ökonomischen Funktionen erfüllt, vielmehr ist er in Bundesdeutschland als einer Nahtstelle zwischen West und Ost vor dem Hintergrund großer sozialer weltpolitischer Auseinandersetzungen gezwungen, die soziale Frage unter übergeordneten Gesichtspunkten zu sehen und sich aktiv-konstruktiv mit ihr auseinanderzusetzen. Mit diesem Gedankengang leitete der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Gerhard Erdmann, einen Vortrag über „Sozialpolitik im politischen und weltpolitischen Zusammenhang“ vor dem Arbeitgeberverband für das südöstliche Westfalen in Neheim-Hüsten ein.

Aus „Industriekurier“, Düsseldorf 25.05.1957

Der FDGB leitet die Sozialversicherung

Auch auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes und der Sozialversicherung ist die DDR unbestrittenes Vorbild für ganz Deutschland. In neu eingerichteten Betriebspolikliniken, Ambulatorien, Nachtsanatorien usw. werden die Werktätigen vorbildlich betreut. Im Entwurf des Arbeitsgesetzbuches sind ebenfalls zahlreiche vorbeugende Gesundheitsmaßnahmen, wie Reihen- und Kontrolluntersuchungen, Schonarbeitsplätze für Werktätige, die aus gesundheitlichen Gründen ihre Arbeit vorübergehend nicht ausführen können, vorgesehen.

Jahrzehntealte Forderungen der Arbeiterklasse wurden in der DDR erfüllt, indem die Leitung der Sozialversicherung vollverantwortlich dem FDGB übertragen wurde. Die Sozialversicherung ist das Kernstück der Sozialpolitik der Gewerkschaften und garantiert allen Werktätigen und ihren Familienangehörigen umfassende soziale Sicherheit bei Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, bei vorbeugender gesundheitlicher Betreuung und Kuren, bei Invalidität und im Alter. Für die volle Durchsetzung der Selbstverwaltung sorgen mehr als 200 000 ehrenamtliche Bevollmächtigte und Mitglieder der Räte für Sozialversicherung in den Betrieben.

Aus „Presseinformation“ 16.01.1961

Blank gegen „Maßlosigkeit der Verbandskapitäne“

Minister verteidigt die Sozialpolitik Bonns

Blank sprach sich gegen jede neue „Sozialisierung des Arbeitslohns“ mit Hilfe weiterreichender Abzüge für Versicherungen aller Art aus. Wenn dem Arbeitnehmer die besten und teuersten Untersuchungsmethoden aus dem allgemeinen Krankenversicherungstopf zuteil werden sollten, sei dies auf die Dauer nur möglich, wenn er „seine Hustenbonbons“ selber bezahle, meinte der Minister.

Aus „Die Welt“ 24.04.1961

Die DAG legt ihr Sozialprogramm vor

„Soziale Aufrüstung ist in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West das Gebot der Stunde“

Um die Diskussion über brennende Probleme im sozialen Leben wieder in Gang zu bringen, habe die Deutsche Angestelltengewerkschaft ein weitreichendes Programm aufgestellt. „Soziale Aufrüstung ist in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West das Gebot der Stunde“, sagte Spaethen. Es sei bezeichnend für die Ziellosigkeit in der Bundesregierung, die Dinge treiben zu lassen, so daß der Bundestag noch nie eine grundsätzliche Debatte über die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik geführt habe.

Als Kernproblem sieht die Deutsche Angestelltengewerkschaft die gerechte Verteilung des volkswirtschaftlichen Wertzuwachses an. Der Westen sei bis heute gegenüber dem Osten, der die Eigentumsfrage auf seine Art gelöst habe, den Beweis schuldig geblieben, daß es auch Besitzkonzeptionen gebe, die freiheitlich und gerecht sind. Es gelte, den Arbeitnehmern einen Teil des volkswirtschaftlichen Wertzuwachses zufließen zu lassen, den sie selbst mitgeschaffen hätten und der keineswegs im Lohn oder Gehalt abgegolten sei.

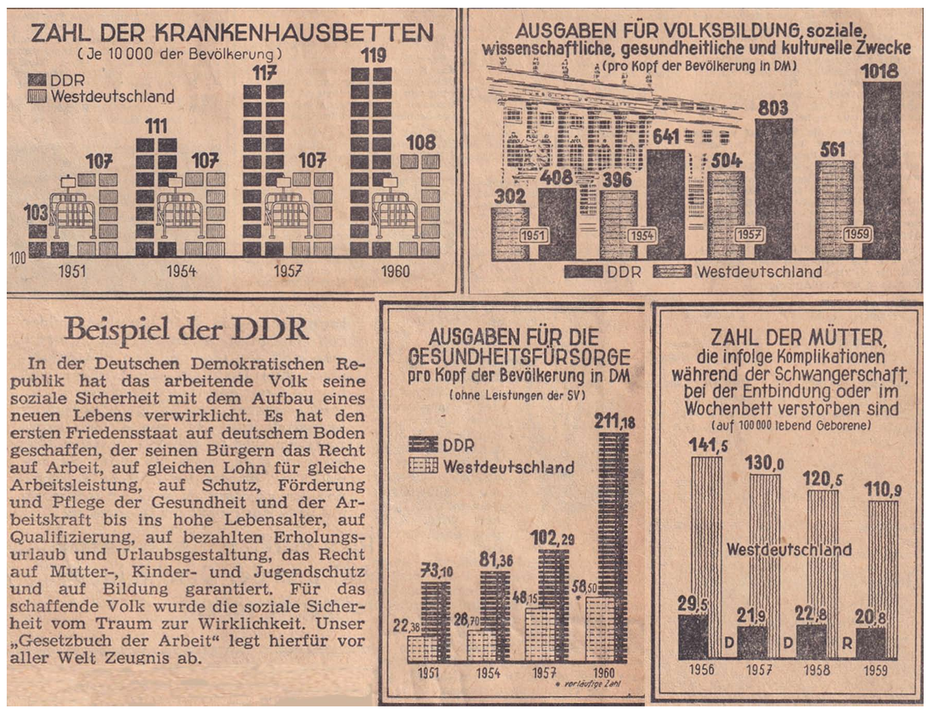
Aus „Stuttgarter Zeitung“ 18.05.1961

Erhard kritisiert die Sozialpolitik

Agr. MÜNCHEN, 31. Mai. Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard kritisierte bei der Eröffnung der Deutschen Handwerksmesse 1961 in München die Sozialpolitik der Bundesregierung in der jüngsten Vergangenheit. Es sei eine schlechte Sozialpolitik, die das deutsche Volk immer stärker in das kollektivistische Denken hineintreibe. Die Früchte der höheren Produktivität dürften nicht kollektiv umverteilt werden, sondern die Frucht der Leistung müsse in den Händen des arbeitenden Menschen bleiben, sonst bestehe Gefahr, daß die Fleißigen zugunsten derjenigen bestraft werden, die aus eigener Schuld etwas schlechter stehen.

Aus „Handelsblatt“, Düsseldorf 02.06.1961

In der BRD versteht sich Sozialpolitik als das Mittel, soziale Benachteiligungen und Gegensätze innerhalb der Gesellschaft durch politisches Handeln auszugleichen, bzw. auszuschließen. Das Ausmaß an Sozialstaatlichkeit ist abhängig von der Massenkampfkraft Betroffener, insbesondere der Gewerkschaften und Sozialverbände, wie auch der jeweils regierenden Parteien.



Beispiel der DDR

In der Deutschen Demokratischen Republik hat das arbeitende Volk seine soziale Sicherheit mit dem Aufbau eines neuen Lebens verwirklicht. Es hat den ersten Friedensstaat auf deutschem Boden geschaffen, der seinen Bürgern das Recht auf Arbeit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung, auf Schutz, Förderung und Pflege der Gesundheit und der Arbeitskraft bis ins hohe Lebensalter, auf Qualifizierung, auf bezahlten Erholungsurlaub und Urlaubsgestaltung, das Recht auf Mutter-, Kinder- und Jugendschutz und auf Bildung garantiert. Für das schaffende Volk wurde die soziale Sicherheit vom Traum zur Wirklichkeit. Unser „Gesetzbuch der Arbeit“ legt hierfür vor aller Welt Zeugnis ab.

Aus „Neues Deutschland“ 24.09.1961

In der DDR geht man zunächst davon aus, dass mit der Veränderung der ökonomischen Machtverhältnisse zu Gunsten eines auf Staatseigentum beruhenden Volkseigentums die soziale Entwicklung dem Aufbau des Sozialismus inhärent ist. Mit der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in den Westen wird jedoch deutlich, dass **soziale Sicherheit nicht automatisch Triebkraft ökonomischer Entwicklung** ist. So entstehen Anfang der 60er Jahre in der DDR diverse Gremien und Wissenschaftsbereiche, die sich mit Sozialpolitik befassen. Themen sind u. a. demografische und Sozialstrukturen, die Entwicklung des Lebensstandards, Bevölkerungs- und Familienentwicklung, Wohnverhältnisse, soziale und gesundheitliche Betreuung. Mit der internationalen Anerkennung der DDR rücken die im internationalen Vergleich beachtlichen sozialen Entwicklungen der DDR noch stärker in den Fokus.

Als Mitte der 80er Jahre deutlich wird, dass das sozialpolitische Programm und ökonomische Leistungskraft in zunehmenden Widerspruch geraten, fehlen Steuerungsinstrumente: Ein Rückbau der sozialpolitischen Errungenschaften wird ausgeschlossen.

In der BRD beginnt unter der Regierung Schmidt (SPD) um dieselbe Zeit, zunächst verhalten, der Abbau erkämpfter oder zugestandener sozialer Leistungen. Unter Kanzler Kohl (CDU) nimmt der Sozialabbau Fahrt auf und mit dem Anschluss der DDR kommt der **neoliberale Umbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems**, mithin der Rückbau des Wohlfahrtsstaates, politisch zum Durchbruch.

Irrtümer der Anspruchsdemokratie

Von Prof. Siegfried Balke

Die dadurch erreichte soziale Sicherheit mag materiell für das - nur noch statistisch definierbare - Einzelwesen im sozialen Kollektiv durchaus beruhigend sein. Aber mit der Freiheit des Menschen hat das nicht mehr viel zu tun, denn die Erfahrung sollte lehren, daß die Beseitigung der Lebensrisiken das Ende der persönlichen Freiheit bedeutet.

Soziale Sicherheit als Rechtsanspruch - auch wenn sie wirtschaftspolitisch untermauert zu sein scheint - ist der Verkauf der persönlichen Freiheit an den Staat, der doch seine Aufgabe darin sehen sollte, den Schwachen zu helfen, nicht aber die Entscheidungsfreiheit über Selbsthilfemöglichkeiten zu beschränken. Das in die moderne Massengesellschaft mit all ihren ökonomischen Risiken eingepferchte Individuum hat zweifellos einen legitimen Anspruch auf ein bestimmtes Maß sozialer Sicherheit, aber auch im sozialen Sicherheitsstreben müssen die Grenzen beachtet werden, die durch die Selbstverantwortung des einzelnen gezogen sind.

Aus „Rheinischer Merkur“ 18.01.1963

Der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat war ein Kind des Kalten Krieges. Der Sozialstaat DDR blieb Zeit seiner Existenz der soziale Stachel des Systems. Sozialpolitik war eine Waffe im Kampf der Gesellschaftsordnungen. Mit dem Anschluss des Systemgegners 1990 wird die ostdeutsche Entwicklung auf allen Politikfeldern gestoppt und wieder rückgängig gemacht.

Mischnick: Soziale Leistungen der DDR anerkennen

Als einen wichtigen Beitrag für die Wiedervereinigung bezeichnete das SPD-Vorstandsmitglied Prof. Schellenberg gestern die Steigerung und Verbesserung der sozialpolitischen Leistungen in der Bundesrepublik.

Aus „Spandauer Volksblatt“ 05.01.1966

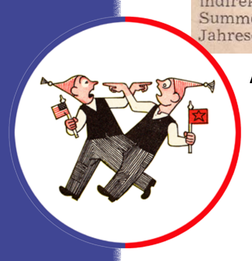
Geld, das neben dem Lohn einkommt

Sozialleistungen der DDR

Die Nettoeinnahmen der Bevölkerung in der DDR sind gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 3,2 Milliarden Mark gestiegen. Es handelt sich um reale Kaufkraftsteigerungen, die sich unmittelbar auf dem Lohnstreifen bzw. auf dem Rentenbescheid niedergeschlagen haben.

Darüber hinaus kommen aber den Bürgern der DDR Milliardenbeträge zugute, die auf keinem Lohnzettel stehen. 110 Milliarden Mark flossen ihnen zwischen 1965 und 1970 aus der Staatskasse als indirekte Einkünfte zu. Diese Summe entspricht fast einem Jahresetat der Bundesrepublik.

Aus „Die Tat“, Frankfurt/Main 16.12.1972



Hätte der Reformdruck des DDR-Volkes in Wendetagen sich so besonnen wie am 4. November 1989 gezeigt, hätte nicht der Beitritt zum Grundgesetz gemäß Artikel 23 den Anschluss Ostdeutschlands ermöglicht. Vielmehr wäre eine wiedervereinigende freie Entscheidung des deutschen Volkes, nach Artikel 146 mit neuer Verfassung, die Folge gewesen. Viele interessante, originelle und bis heute richtungsweisende Elemente sozialer Politik wären erhalten geblieben und ein sozialeres Deutschland die Folge gewesen. Errungenschaften aus DDR-Zeiten hätten nicht Jahrzehnte benötigt, um ein wenig bundesdeutsches Recht zu ändern. Aber warten wir die Zukunft ab, denn das Grundgesetz in seiner Fassung nach dem Anschluss verheißt seit 1992 im Artikel 146 noch immer:

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Einen Entwurf dafür fertigte im April 1990 der Runde Tisch.

Was sollte die BRD vor der Vereinigung tun?

Von Nachhilfeunterricht über Haushaltstag bis zu Abrüstung

Zur Vereinigung beider deutscher Staaten wurde von bundesdeutscher Seite freundlicherweise vom „Aufeinanderzugehen“ gesprochen. Gleichzeitig werden jedoch Aufforderungen zum „Losgehen“ hauptsächlich an die DDR gerichtet.

Kraft meines Selbstbewußtseins als DDR-Bürger fordere ich von der BRD vor der Vereinigung beider Staaten:

- Sachlichen Nachhilfeunterricht für die BRD-Bürger im Kennen- und Achtenlernen der DDR — mit Praktikum
- Volksabstimmung in der BRD zur Vereinigung
- Austritt der BRD aus der NATO
- Drastische Reduzierung der Bundeswehr und Einsatz der freiwerdenden Arbeitskräfte zur Bewältigung diverser nachstehend genannter Unzulänglichkeiten
- Bereitschaft zur Verfassungsänderung nach Überarbeitung durch eine gemeinsame, paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe beider Staaten
- Bereitschaft zur Veränderung weiterer bestehender gesetzlicher Regelungen, ebenfalls in Abstimmung mit der DDR
- Nachweis des Funktionierens der „Marktwirtschaft“ ohne Ausnutzung des Lohn- und Rohstoffpreisgefälles zur Dritten Welt
- Keine Vernichtung von Überproduktion, sondern Übergabe an das DRK
- Nachweis des Funktionierens des „sozialen Netzes in der BRD (Beseitigung der Obdachlosigkeit, kostenlose gesundheitliche Betreuung, bedarfsgerechte Betreuung von Kindern berufstätiger Eltern, bedarfsgerechter sozialer Wohnungsbau, soziale Gleichstellung von Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen Familien . . .)
- Abkehr von der Scheinheiligkeit bei der Geburtenregelung (Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung, aber Geburtenrückgänge aufgrund praktizierter Kinderunfreundlichkeit)
- Einführung eines Haushaltstages
- Wirksame Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen zu Lasten der Gesellschaft
- Verbot des Waffenexportes und gleichzusetzender Erzeugnisse
- Drastische Einschränkung der Überstundenarbeit, solange Arbeitskräfte einschlägiger Berufe arbeitslos sind
- Verbesserung des Mieterschutzes (allgemeinverbindliche und eindeutig überprüfbare Kriterien für die Bestimmung der Höhe des Mietpreises)
- Wirksamere Drogenbekämpfung
- Wirksamere Bekämpfung von Gewaltverbrechen (mehr Polizisten zur Kripo, weniger zu Demos; strengere Handhabung des Verbotes von Waffenbesitz)
- Verbesserung des Bildungssystems (einheitliche Lehrpläne in den Ländern, Zahlung von Beihilfen oder Stipendien an Lehrlinge, Schüler und Studenten in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern ohne Verpflichtung zur Rückzahlung, Bereitstellung von preisgünstigen Internatsplätzen)
- Verbreiterung des kulturellen Angebotes (Subventionierung von Theater- und Konzerteintrittspreisen, Bau von Theatern in kleineren Orten, preisgünstige Jugendtreffs mit vielseitigem Kulturangebot, Befreiung des Fernsehens von der Werbung
- Wirksamere Praktizierung des Jugendschutzes und Kinderschutzes (Schutz vor Gewalt, Zigaretten, Alkohol, Drogen, Prostitution und Pornographie)
- Wirksamere Unterstützung der Länder der Dritten Welt als Wiedergutmachung begangener Benachteiligungen — ohne Gewinnabschöpfung.

Ich denke, die Themen müssen angesprochen werden, bevor Taten das Vor-Denken überholt haben.

Um eventuellen Irrtümern vorzubeugen: Ich bin weder SED-Mitglied noch jemals SED-Wähler gewesen. Aber ich denke auch: Wir sollten geschäftstüchtig verhandeln und uns nicht anbiedern. Sind wir eigentlich in der Lage, selbst eine mündige Volksabstimmung über die Vereinigung beider Staaten vorzunehmen? Ahnen wir und wollen wir, was auf uns zukommt?

Ingrid Wesemann
Berlin 1020

Aus „Berliner Zeitung“ 24.02.1990